



Fotos: Sven Daniel Beham

## Zusammenfassung des «Speed Debatings» der IBK-Jugendkonferenz

Junge Menschen aus Liechtenstein, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden trafen am 05. November 2022 im Rathausaal Vaduz zusammen. Gemeinsam wurde an fünf Thementischen in jeweils fünf Runden über Themen der IBK Gipfelerklärung diskutiert. Dieses Dokument dient als Zusammenfassung der Tische und spiegelt die Meinung der jungen Generation an der Veranstaltung wieder.

## Inhalt

Verkehr .....	3
Bodenseeticket .....	3
Grüner Individualverkehr .....	3
Bildung und Wissenschaft .....	4
Barrieren abbauen .....	4
Schulsystem .....	4
Politische Bildung .....	4
Werte, Kultur und Identität.....	5
Gemeinsame Werte, Kultur und Identität .....	5
Pflege der Natur.....	5
Appell an die Politik .....	5
Jugendbeteiligung .....	6
Politische Bildung als Grundstein.....	6
Politische Partizipation im Alltag .....	6
Europa, Nationalstaat und interregionale Verbindungen .....	7
Über Grenzen hinaus denken .....	7
Die fehlende Präsenz der IBK .....	7
Die Rolle Europas für junge Menschen .....	8
Die Verbindungen zwischen Ländern .....	8
Thema Erasmus+ .....	9



# Verkehr

Punkt(e) aus der Gipfelerklärung: «6. Das Signal steht auf Grün»

## Bodenseeticket

Besonders für junge Personen ist der ÖV vor allem attraktiv, wenn er erheblich billiger ist, als der Individualverkehr. In Anlehnung an das Klimaticket aus Österreich oder das 9-Euro Ticket aus Deutschland, wird auch ein vergleichsweise billiges und überall anwendbares Ticket für den ÖV im Bodenseeraum gewünscht. Die Erfahrungen aus Österreich und Deutschland zeigen, dass durch solche Massnahmen eine grosse Menge an Personen den ÖV benutzen. Dies sollte schlussendlich auch das Ziel sein, um langfristig dafür zu sorgen, dass möglichst wenig CO2 pro Person im Verkehr ausgestossen wird.

Um dies zu ermöglichen steht die Idee eines Tarifverbundes «Bodensee» im Raum, bei welchem über alle drei Länder hinweg ein einheitliches Tarifsystem geschaffen wird, sodass nicht nur ein Bodenseeticket ermöglicht wird, sondern auch Benutzung des ÖV im Bodenseeraum generell unkomplizierter gemacht wird.

---

## Grüner Individualverkehr

In Orten, Lebenssituationen oder Branchen, bei welchen der Individualverkehr unabdingbar ist, muss dafür gesorgt werden, dass dieser CO2 neutral gestaltet wird. Dafür muss auch der Bodenseeraum mehr in die Forschung zu ressourcenschonender, energieeffizienter und klimafreundlicher Mobilität investieren. Denn E-Mobilität ist momentan nicht die Lösung um den Individualverkehr als grün zu erklären, solange der Strom für solche nicht aus 100% erneuerbaren Energiequellen kommt und die Herstellung/Entsorgung der Batterien derart umweltbelastend ist.

# Bildung und Wissenschaft

Punkt(e) aus der Gipfelerklärung: «7. Das grösste Potential sind die klugen Köpfe»

## Barrieren abbauen

In der Ausbildung stossen Jugendliche oft auf Barrieren. Die Anwesenden sahen in diesem Bereich viel Handlungsbedarf. Zudem herrschte die Auffassung, dass immer noch Stigmata gegenüber bestimmter Ausbildungspfadern und Berufe existieren. Dabei liegt die Verantwortung bei den politischen Institutionen, welche diese abbauen sollten.

Es ist stossend, dass österreichische Studierende erhöhte Studienkosten in der Schweiz und Liechtenstein bezahlen müssen. Es sollte - so die allgemeine Meinung - keine Studierenden bevorzugt oder benachteiligt werden.

Zwar wurde dies nur am Rande erwähnt, aber die Entlohnung von Praktika wurde als zu tief eingeschätzt. Damit diese für mehr Jugendliche eine Option werden können, muss die Entlohnung von Praktika steigen.

---

## Schulsystem

Bei der Unterrichtsform gab es einige Unzufriedenheiten. Der Druck auf die Schüler:innen sei teilweise zu hoch und Frontalunterricht als einzige Methode demotivierend. Es wurden alternative Systeme gefordert, welche die Schüler:innen individuell fördern und sie stärker in den Unterricht und Stundenplan einbeziehen und damit eine Allgemeinbildung gewährleisten. Diese soll Fähigkeiten vermitteln, sog. Soft Skills, welche sie zu funktionierenden Mitgliedern der Gesellschaft machen. Zudem war ein ausdrücklicher Wunsch eines Grossteils der Teilnehmenden, dass Jugendliche die Schule mit einem Grundverständnis von Verträgen, Steuern und Finanzen abschliessen sollen.

Beispiele für moderne alternative Schulsysteme wären die nordischen Länder, allen voran Finnland. Änderungen im Schulsystem wären keinesfalls eine Fahrt ins Ungewisse, gibt es doch genügend Versuchsprojekte und Länder, die den Erfolg moderner Pädagogie gezeigt haben.

---

## Politische Bildung

Die politische Bildung ist mangelhaft. Zu diesem Schluss kamen alle Jugendvertreter:innen. Politik werde oft nebenbei im Geschichts-, Deutsch-, oder Philosophieunterricht gelehrt. Dabei muss es klar sein, dass auf diesem Weg ein grundlegendes Verständnis für Politik nicht beigebracht werden kann und Jugendliche nicht an Debatte und Argumentation herangeführt werden können. Deshalb sollte ein Fach Politik an der Schule eingeführt werden, welches alle Schüler:innen über mehrere Jahre an politische Systeme, Geschichte und Theorien kritisch heranführt, wie auch an Debattenkultur, Medienkompetenz und andere Grundfähigkeiten für mündige Bürger:innen in einer Demokratie. Politische Bildung und daraus resultierendes Verständnis für Politik senkt Politikverdrossenheit, fördert die Beteiligung Jugendlicher am politischen Prozess, senkt die Attraktivität extremer Ideologien und Verschwörungsmysen.

Schliesslich plädierten viele der anwesenden Jugendvertreter:innen für eine Abschaffung konfessions- bzw. religionsspezifischen Unterrichts. Dieses sollte durch ein Fach ersetzt werden, welches den Schüler:innen verschiedene Kulturen und Theorien der Ethik näherbringt.

# Werte, Kultur und Identität

Punkt(e) aus der Gipfelerklärung: «3. Uns verbinden die gleichen Werte», «4. Die Bodensee-Region bietet Kultur und Natur» und «11. Die IBK morgen – starke Identität»

## Gemeinsame Werte, Kultur und Identität

Haben die umliegenden Staaten, Bundesländer und Kantone gemeinsame Werte, eine gemeinsame Kultur und Identität? Laut den Debattierenden spricht vieles dafür, aber auch vieles dagegen.

- **Was uns verbindet:** Wir wachsen mit der alemannischen Sprache und unter sehr ähnlichen politischen, wirtschaftlichen, religiösen, schulischen sowie topographischen Bedingungen auf. Aus diesen Gründen haben wir eine ähnliche Mentalität – uns ist Freiheit, Unabhängigkeit und Unternehmertum wichtig, wir beziehen uns auf dieselbe deutschsprachige Kultur. Wir gehen denselben (Winter)Sportarten nach, uns liegt die Pflege unserer einzigartigen Natur am Herzen. Wir sind untereinander solidarisch, aber gegenüber anderen Kulturen auch etwas engstirnig (Stichwort „Bünzlitum“). Doch es fiel den Teilnehmenden schwer, all diese Merkmale allein einer „Bodensee-Identität“ zuzuschreiben. Wenn uns aber etwas offensichtlich verbindet, dann der Bodensee – hier sollten wir stärker zusammenarbeiten.
- **Was uns unterscheidet:** Unsere Staaten, Bundesländer und Kantone haben unterschiedliche Entstehungsgeschichten und die Bevölkerungszahlen unterscheiden sich teils drastisch. Deshalb sind die einen politisch und militärisch neutraler, andere ergreifen eher Partei; die einen gehen offener mit ihren Mitmenschen um, in anderen Gebieten findet eher ein städtisches, isolierteres Zusammenleben statt. Ausserdem haben sich die Debattierenden dafür starkgemacht, nicht alle Menschen über denselben Kamm zu scheren. Es gibt zwar Gemeinsamkeiten, doch es ist wichtig, mit Menschen, welche nicht dem „alemannischen Ideal“ entsprechen, genauso respektvoll umzugehen. Überhaupt sei fraglich, ob die „alemannischen Qualitäten“, wie sie unter Punkt 3 aufgeführt werden, nicht eher Utopie als Realität darstellen. Trotz aller Gemeinsamkeiten seien wir eine individuelle, multikulturelle Gesellschaft. Auch diese Unterschiede seien wertvoll.

---

## Pflege der Natur

Sind wir mit der Pflege unserer Natur zufrieden?

Die Debattierenden waren sich einig, dass in Sachen Naturschutz viel Luft nach oben ist. Der Bodensee sei sehr verschmutzt, Umwelt- und Klimaschutz werde nicht gemeinsam angegangen, obwohl eine solche Zusammenarbeit dringend nötig wäre.

---

## Appell an die Politik

Die Teilnehmenden fordern die Politik dazu auf, gemeinsame Themen, vor allem gemeinsame Probleme (Verkehr, Gesundheit, Umwelt, Klima, Wirtschaft, Bildung, Bodensee) zu erkennen und miteinander anzugehen, und die Unterschiede als Anlass zum Austausch wahrzunehmen.

# Jugendbeteiligung

Punkt(e) aus der Gipfelerklärung: «12. Zukunft braucht die Jugend»

## Politische Bildung als Grundstein

Um das politische Interesse zu steigern, soll Politik Unterricht in Schulen stattfinden. Dieser ist insbesondere wichtig, da alle jungen Menschen, unabhängig von persönlichen Interessen, erreicht werden. Die Erlangung eines soliden Grundwissens über das politische System und tagesaktuelle Themen soll angestrebt werden. Dabei muss die Gestaltung des Inhaltes unbedingt neutral sein. Im besten Fall würde eine externe Person mit Fachwissen sich der Aufgabe annehmen. Neben frontaler Theorievermittlung sollen interaktive Übungen wie Parlamentssimulationen die Stunden füllen.

Natürlich können auch ausserschulische Aktivitäten zur Vermittlung politischen Inhaltes genutzt werden. Hier wird das aha aus Liechtenstein als positives Beispiel aufgezeigt. Dass jedoch nicht nur ohnehin interessierte und involvierte Jugendliche abgeholt werden, sollen auch thematisch generelle beispielsweise Ferienspass-Programme mit parteineutralem politischem Inhalt angeboten werden.

Die Zugänglichkeit über Social-Media darf heutzutage und vor allem in der Generation Z, nicht vergessen werden. Hierbei kommt der konkrete Wunsch an Politiker:innen auf, die Stimme von Jugendlichen online abzuholen und so in die politischen Entscheide miteinfließen zu lassen. Weiter sollen geprüfte und parteineutrale Social-Media-Kanäle über tagesaktuelle Themen informieren. Dies würde optimalerweise in einem für Jugendliche zugeschnittenem Stil umgesetzt werden. Hier könnten auch Kampagnen mit Werbung für Anlässe zur politischen Bildung geführt werden.

---

## Politische Partizipation im Alltag

Ein stark diskutierter Punkt ist das Wahlalter 16. Die Stimmen gehen auseinander, allgemein wird betont, dass die Politische Bildung als Voraussetzung für die Senkung des Wahlalters unabdingbar ist.

Politisches Interesse kann, durch die Mitbestimmung in alltäglichen Entscheiden - beispielsweise der Schulen - gefördert werden. Durch die Tätigkeit in Jugendparlamenten, wie sie in Österreich und der Schweiz bereits Standard sind, können junge Menschen hautnah erleben, was es heisst, die eigenen Interessen in einem demokratischen System zu vertreten. In einem weiteren Schritt werden die Entscheide dieser Parlamente vor einem Ausschuss von Schüler:innen, der Elternvertretung und dem Rektorat erneut diskutiert. Diese Ordnung kann bis auf Staatsebene weitergezogen werden. So würde der Austausch von Jugendlichen aus verschiedenen Schulen gefördert.

Politische Posten, speziell zugeschnitten für Jugendliche und junge Menschen, sind erwünscht. Auf staatlicher und interstaatlicher Ebene gibt es Ämter, die für die Jugend erschaffen wurden. Beispiele sind die amtierende Jugendstaatssekretärin aus Österreich, EU Jugendbotschafter:innen und UN Jugendvertreter:innen. Auch auf regionaler Ebene können solche Posten eingeführt werden. Dies würde mehr Jugendlichen ermöglichen, sich solch einer Aufgabe anzunehmen, sich zu engagieren und natürlich daraus zu lernen.

# Europa, Nationalstaat und interregionale Verbindungen

Punkt(e) aus der Gipfelerklärung: «9. Selbstbewusstsein ist angezeigt»

## Über Grenzen hinaus denken

Müssen wir über Landesgrenzen hinausdenken? Über diese Frage haben sich die Teilnehmenden lange Gedanken gemacht. Grundsätzlich sind die jungen Erwachsenen der Meinung, dass wenn Grenzen bestehen, diese eher wirtschaftlich sind und nicht mehr zwischenmenschlich, wie es insbesondere zu den schlimmen Kriegszeiten einmal war. Der Ukraine-Krieg hat das Miteinander gestärkt.

Alle Menschen streben danach friedlich zusammenzuleben und politisch korrekt miteinander umzugehen. Die Jugend sollte die Chancen nutzen und keine Grenzen schaffen, sondern überwinden.

Was auffällt ist, dass es viele Jugendliche und auch Erwachsene gibt, die sich nicht gerne ausserhalb ihrer eigenen Landesgrenzen bewegen. Es ist sehr schade, wenn das ganze Leben nur im eigenen Land stattfindet und andere Kulturen nicht kennengelernt werden. So sollte die Förderung von gemeinsamen Projekten über die Landesgrenzen stattfinden. Man könnte viel mehr voneinander lernen und auch dabei helfen, grosse Probleme gemeinsam zu lösen.

Ein tolles Beispiel aus Vorarlberg: Die jungen Erwachsenen möchten im Frühling aus verschiedenen Organisationen eine Konferenz durchführen. Man wohnt zwar in greifbarer Nähe, jedoch gibt so eine Konferenz ein Impuls, an welcher man was mitbewirken und über die Landesgrenzen hinweg mitdenken kann.

---

## Die fehlende Präsenz der IBK

Ist die IBK kein / ein Begriff? / Woher kennt man die IBK? Grösstenteils war die IBK nicht wirklich ein Begriff. Der Hauptpunkt, der genannt wurde, ist, dass es heutzutage sehr viele Institutionen und Organisationen gibt und es immer schwieriger wird, sich als junger Erwachsener ein genaues Bild davon zu machen. Das im Sinne von, wo kann ich mich als Personen anmelden bzw. mithelfen und mitdiskutieren?

Es wäre von Vorteil, wenn in den Schulen oder auch Vereinen viel mehr Werbung und auf das Thema «über die Landesgrenze hinweg» aufmerksam gemacht werden würde. Leider ist da noch ein Problem im Vordergrund: Das Interesse der jungen Menschen am politischen Geschehen fehlt immer noch recht stark. Ab 16 darf man in Österreich wählen, jedoch kommt man erst mit ca. 17 Jahren wirklich in Kontakt mit der Politik. So fällt auch auf, dass bspw. Sportvereine viel bekannter sind und mehr Zeit investiert wird als bei der «trockenen» Politik.

## Die Rolle Europas für junge Menschen

Die EU ist tagtäglich in den Medien, egal ob positiv oder negativ. Grösstenteils stehen die Teilnehmenden aus den EU-Ländern eher positiv gegenüber der EU und sehen diese als wertvoll an.

Ein Wunsch einiger Teilnehmenden wäre es, dass es allenfalls einmal in eine Richtung europäische Förderung gehen würde, ohne EU. Denn es bringe nicht viel als Individuum zu arbeiten, sondern es soll alles gemeinsam erreicht werden.

Ein grosser Vorteil ist beispielsweise auch die Währung in den EU-Staaten, die Hürden, wenn man dann nach Liechtenstein oder Schweiz geht, ist dann schon schwieriger. Eine grosse Verbindung besteht zwischen den IBK-Mitgliedern: Wir alle sprechen die gleiche Sprache. Das müssen wir viel mehr nutzen und als Chance ansehen.

Auch während der Flüchtlingskrise hat man gesehen, dass Europa einen Zusammenhalt an den Tag gelegt hat.

Als Jugendlischer ist Europa nicht so in greifbarer Nähe. Problem ist meistens die Kommunikation und die Bürokratie. Je nachdem ist es auch schwierig Entscheidungen durchzuführen.

---

## Die Verbindungen zwischen Ländern

Brauchen wir bessere Verbindungen? Diese Frage hat sich als schwierig herausgestellt. In der Politik beispielsweise, arbeiten Österreich und Deutschland mit einem eher ähnlichen System und «schauen sich voneinander ab». Schweiz und Liechtenstein sind wiederum sehr ähnlich. Jedoch haben in der Politik ansonsten die Staaten nicht viel gemeinsam bzw. gemäss den Teilnehmenden keine Verknüpfung. Liechtenstein und die Schweiz sind eher auf sich selber fokussiert.

Grundsätzlich, insbesondere in der EU, hat es viele wirtschaftliche Vorteile aber auch Freiheit – keine Zollgebühren oder Passkontrollen (Schengen Staaten). Die jungen Teilnehmenden haben festgehalten, dass Europas Vorteile für uns wie selbstverständlich sind und wir vielmals gar nicht mehr merken, wie wertvoll solche Verbindungen sind.

Interkulturelle Kompetenzen werden wenig gefördert. Diese Kompetenzen würden auch der Politik helfen. Das Interesse kann nur entstehen, wenn die Politik in der Schule gefördert wird. Beispiel: Ein Workshop Politik zum Anfassen in Liechtenstein, durchgeführt durch den Jugendrat Liechtenstein.

Für EU Bürger ist es viel schwieriger in Liechtenstein oder in der Schweiz studieren zu können, da die Gebühren und das Preisniveau gegenüber den EU-Ländern viel höher sind. Hier sollte man dringend etwas verändern.

Demokratie ist etwas, was uns alle verbindet. Dennoch gibt es immer noch viele ausländische Einwohner, welche auch gerne mitbestimmen würden.



## **Thema Erasmus+**

Erasmus+ ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Gemäss der Hälfte der Teilnehmenden war Erasmus+ vorher nicht wirklich ein Begriff. Insbesondere für die Begabtenförderung in Österreich wurde der Zusammenhang von Erasmus+ erwähnt (Austausch Strassburg) oder auch von Austauschstudenten.

Die Schweiz profitiert aufgrund des bilateralen Abkommen nicht mehr von dem Förderprogramm Erasmus+, was sehr schade ist. Hier sollte unbedingt wieder eine Verbindung geschaffen werden. Liechtenstein arbeitet sehr eng mit Erasmus zusammen und hat schon viele gemeinsame Projekte auf die Beine gestellt.

Das Kennenlernen von Erasmus+ über die Schulen wäre sehr einfach– für manche ist es ein Begriff und für manche leider immer noch nicht. Obwohl Erasmus+ so viele Projekte und auch finanzielle Mittel hat, wäre es toll, wenn es mehr Projekte gäbe, welche vorgestellt werden.